

Genehmigt 19. September 2002

Protokoll Nr. 37

Sitzung von Donnerstag, 4. Juli 2002, 17.00 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzende:

Präsidentin Annemarie Sancar-Flückiger

Anwesend:

Hans Peter Aeberhard	Daniele Jenni	Ursula Rudin-Vonwil
Michael Aebersold	Michael Jordi	Erich Ryter
Thomas Balmer	German Kalbermatten	Sabine Schärner
Oskar Balsiger	Esther Kälin Plézer	Doris Schneider
Christof Berger	Daniel Kast	Beat Schori
Peter Bernasconi	Rudolf Keller	Rolf Schuler
Dieter Beyeler	Markus Kiener	Miriam Schwarz
Margrith Beyeler	Margareta Klein-Meyer	Rudolph Schweizer
Peter Blaser	Blaise Kropf	Peter Sigerist
Markus Blatter	Peter Künzler	Sylvia Spring Hunziker
Jsabelle Blunschy	Annemarie Lehmann	Ernst Stauffer
Christine Bosshardt	Liselotte Lüscher	Michael Straub
Peter Bühler	Markus Lüthi	Barbara Streit-Stettler
Michael Burri	Anton Maillard	Béatrice Stucki
Walter Christen	Mario Marti	Margrit Stucki-Mäder
Marie-Louise Durrer	Corinne Mathieu	Hans-Ulrich Suter
Rudolf Friedli	Christian Michel	Katharina Suter
Verena Furrer-Lehmann	Erik Mozsa	Max Suter
Hans Ulrich Gränicher	Barbara Mühlheim	Margrit Thomet
Rolf Häberli	Christoph Müller	Catherine Weber
Ueli Haudenschild	Philippe Müller	Thomas Weil
Kurt Hirsbrunner	Rosmarie Okle Zimmermann	Kurt W. Weyermann
Stephan Hügli	Ruth Rauch	Beat Zobrist
Natalie Imboden	Heinz Rub	Andreas Zysset
Urs Jaberg		

Entschuldigt:

Raymond Anliker	Guglielmo Grossi	Lydia Riesen
Thomas Fuchs	Andreas Krummen	Ueli Stüchelberger

Vertretung des Gemeinderats:

Therese Frösch
Adrian Guggisberg
Edith Olibet

Entschuldigt:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Alexander Tschäppät
Kurt Wasserfallen

Ratssekretariat:

Jürg Stampfli

Stadtkanzlei:

Stéphanie von Erlach

Traktanden

- | | | |
|----|--|-----|
| 1. | Protokollgenehmigung (Protokolle Nrn 19 + 20 vom 25. April 2002, 21 + 22 vom 2. Mai 2002) | --- |
| 2. | Leistungsvertrag zwischen der Stadt Bern und der Stiftung Kornhausbibliotheken für die Jahre 2003-2006 (Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft)
(Mathieu/Olibet) | 115 |
| | Kornhausforum: Leistungsvertrag 2003-2007; Kredit (Jordi/Frösch) | 103 |
| | Masterplan Bahnhof Bern: Fussgängerstreifen Nordhalle Hauptbahnhof-Neuengasse; Ausführungskredit (Balsiger/Tschäppät) | 129 |
| | Ausgliederung Stadtbauten in ein Gemeindeunternehmen Stadtbauten Bern (StaBe) und Übertragung von Liegenschaften aus dem Verwaltungsvermögen auf die StaBe (Mühlheim/ Guggisberg) | 81 |
| | <i>Eintretensdebatte</i> | |
| | Interfraktionelle Dringliche Interpellation GB/JA!/GPB, SP/JUSO, EVP/GFL (Natalie Imboden, GB / Ruedi Keller/Walter Christen, SP / Ueli Stückelberger, GFL): Auslagerung des Bereichs Weiterbildung und Beschäftigung (BWB) auf Kosten des Personals und der Erwerbslosen? (Gemeinderat) | 137 |
| | Dringliche Interpellation Thomas Balmer/Kurt Weyermann (FDP): Bahnübergang Brünnenstrasse – wie weiter? (Gemeinderat) | 138 |
| | Weissenstein: Verlegung eines Teils der Familiengärten an die Könizstrasse; Baukredit (Zobrist/Guggisberg) | 68 |

Mitteilungen

Verschiedene Stadtratsmitglieder geben ihren Austritt bekannt: Blaise Kropf (JA!) (Wahl in den Grossrat), Esther Kälin Plézer (SP) (neue Stelle und Weiterbildung), Ursula Rudin-Vonwil (GFL) (Zeit abschied zu nehmen) und Peter Sigerist (GB) (Verschiedene Gründe). Die Austrittsschreiben liegen zur Einsicht bei mir auf.

Ordentliche Traktanden

1 Protokollgenehmigung

Die Protokolle Nrn 19 + 20 vom 25. April 2002, 21 + 22 vom 2. Mai 2002 werden mit bestem Dank an die Verfasserinnen genehmigt.

2 **Leistungsvertrag zwischen der Stadt Bern und der Stiftung Kornhausbibliotheken für die Jahre 2003–2006 (Vortrag sowie Abstimmungsbotschaft)**

Antrag Nr. 115

- A. Der Stadtrat empfiehlt den Stimmberechtigten, den folgenden Beschluss zu fassen:
1. Für den Betrieb der Kornhausbibliotheken in den Jahren 2002 bis 2006 wird der Beitrag der Stadt Bern auf Fr. 12 950 000.00 festgesetzt. Dafür wird jährlich ein Kredit von Fr. 3 237 500.00 zu Lasten der Laufenden Rechnung, Konto 3650418 bewilligt.
 2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, mit der Stiftung Kornhausbibliotheken einen entsprechenden Leistungsvertrag abzuschliessen.
- B. Der Stadtrat bereinigt und genehmigt die vorgelegte Abstimmungsbotschaft.

Referentin der FIKO *Corinne Mathieu* (SP) begründet die Anträge wie folgt: Die Kornhausbibliotheken (KoB) und ihre Dienstleistungen sind heute in der Stadt Bern nicht mehr wegzudenken. Die Entwicklung der Anzahl Besuchenden sowie die ausgeliehenen Medien widerspiegeln das grosse Bedürfnis, das die KoB abdecken. Ungefähr ein Viertel der städtischen Bevölkerung nutzt das Angebot der Kornhausbibliotheken regelmässig. Spontane Benutzer- und Benutzerinnenbefragungen meinerseits haben eine hohe Zufriedenheit mit den Kornhausbibliotheken ergeben. Die Stiftung Kornhausbibliotheken (KoB) führt die allgemeinen öffentlichen Bibliotheken in der Stadt Bern und erfüllt darüber hinaus die Funktion einer Regionalbibliothek. Für diese beiden Aufgaben besteht zwischen der Stadt Bern und der Stiftung ein Subventionsvertrag, der Ende 2002 ausläuft. Dieser Vertrag soll erneuert und durch einen Leistungsvertrag abgelöst werden. Der neue Leistungsvertrag hat eine Geltungsdauer von vier Jahren (2003 – 2006). Im Vertrag geregelt werden im Wesentlichen der Leistungsauftrag und der Eigenfinanzierungsgrad der KoB sowie das Abgelten der Auftragserfüllung durch die Stadt. Der Abschluss des Leistungsvertrages muss wegen der Höhe der damit verbundenen Ausgaben von der Gemeinde genehmigt werden. Die KoB erwirtschaftet durch Benutzungsgebühren mindestens 13% ihrer Mittel selber. Die Gebühren werden aus bildungs- und kulturpolitischen Gründen so angesetzt, dass sie die Niederschwelligkeit des Angebots sicherstellen. Für die Finanzierung des Betriebs kommt die Sitzgemeinde auf; gemäss langjähriger Praxis übernimmt der Kanton 1/5 des Betriebsdefizits als Abgeltung für die regionalen Aufgaben. Der Anteil der Stadt an den gesamten Betriebskosten der städtischen Bibliotheken der KoB beläuft sich auf ca. 76%. Ihr Beitrag macht 2002 eine Summe von 2,82 Mio Franken aus. Unter der Berücksichtigung der Teuerung steigt der Gesamtbetrag einschliesslich der Investitionsbeiträge während der Vertragszeit bis ins Jahr 2006 auf insgesamt 12 950 000 Franken. Die Jahrestranche beträgt 3 237 500 Franken. Ursprünglich hat der Gemeinderat eine Jahrestranche von 3,3 Mio Franken beantragt. Dieser Betrag wurde aber im Rahmen einer Sparübung um 62 500 Franken gekürzt. Welches sind die notwendigen Investitionen und Anpassungen der bisherigen Abgeltung? Investitionen: Gemäss Art. 15 werden die Investitionen in die Abgeltung aufgenommen. Konkret geht es um folgende zwei Investitionsvorhaben: 1. Die jetzt verwendete Bibliothekssoftware wird vom Lieferant nur noch bis Ende 2003 gewartet.

Eine Weiterentwicklung findet seit längerem nicht mehr statt. Die Hardware ist mit einer durchschnittlichen Betriebsdauer von 6 Jahren pro Gerät veraltet und kann den Anforderungen der neuen Software nicht mehr genügen. 2. Die Bibliothek Gäbelbach wurde im Oktober 1972 eröffnet und wird dieses Jahr also 30-jährig. Die Bibliothek soll renoviert und den veränderten Anforderungen angepasst werden. Berücksichtigung der Teuerung: Die Teuerung während der laufenden Vertragsperiode wird mit 3% berücksichtigt. Für die neue Vertragsperiode 2003 – 2006 wird die Teuerung pauschal und abschliessend mit 2,5% berücksichtigt. Die Stiftung wird dazu verpflichtet, ihren Angestellten den Teuerungsausgleich im gleichen Umfang wie die Stadt zu gewähren. Kompensation des wegfallenden ausserordentlichen Kantonsbeitrages: Artikel 17 des neuen Vertrages nennt aus Gründen der Transparenz die Kantonsbeiträge explizit, begründet damit aber im Falle eines Ausbleibens der Kantonsbeiträge keineswegs eine Nachschusspflicht der Stadt. Sollten die Kantonsbeiträge während der Vertragsdauer wesentlich reduziert werden, so müsste der Leistungskatalog neu diskutiert werden. Ursprünglich lautete der Beschluss des Regierungsrats, die kantonalen Beiträge an die Kulturinstitute bis Ende 1999 zu plafonieren. Trotz anders lautender Zusicherungen hielt der Regierungsrat aber auch für die Jahre 2000, 2001 und 2002 die Plafonierung aufrecht, so dass die KoB Einnahmeneinbussen von jährlich rund Fr. 160 000.00 zu verzeichnen hatte. Möglichkeiten zur Kompensation dieses Einnahmenausfalles bestehen nicht viele: 1. Abbau des Leistungsangebotes, was unweigerlich die explizit nicht gewünschte Schliessung einer oder gar mehrerer Quartierbibliotheken bedeuten würde. 2. Erhöhung des Stadtbeitrages: Wenn die Attraktivität der KoB und ihr Angebot nicht nachhaltig geschädigt werden sollen, verbleibt als letzte Möglichkeit, dass die Stadt die Reduktion der Kantonsbeiträge kompensiert, indem sie die eigene Abgeltung entsprechend erhöht. Dies bedeutet allerdings nicht, dass sich die Stadt nicht auch in Zukunft beim Kanton für die Ent-Plafonierung der Kantonsbeiträge einsetzen und die Einhaltung der Zusicherungen fordern wird. Keine Personalaufstockung und keine Erhöhung des Medienkredites: Trotz der benötigten zusätzlichen Mittel und dem ausgewiesenen Bedarf nach längeren Öffnungszeiten wird auf eine weitere Erhöhung der Abgeltung verzichtet, die KoB-Leitung wird versuchen, dem zusätzlichen Personal- und Medienbedarf innerhalb der jährlichen Abgeltung von 3 237 500 Franken gerecht zu werden. Hinzu kommt, dass die Quartierbibliothek Burgfeld ab dem 1.1.2003 mangels Nachfrage und angesichts des ungünstigen Verhältnisses von Aufwand und Nutzen (Öffnungszeiten von 5 Stunden wöchentlich) geschlossen wird. Es ist anzuführen, dass der Beitrag der Stadt Bern ausschliesslich der Finanzierung des Betriebes des städtischen Bibliotheksnetzes dient. Um es vorwegzunehmen: Die Finanzkommission hat dem vorliegenden Geschäft mit 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt. Mehrere Votanten haben sich gegen die vom Gemeinderat beantragte Aufstockung des Kredits gewandt. Eine Sparmöglichkeit haben die meisten Gegner dieser Aufstockung in einer möglichen Schliessung von einer oder mehreren Quartiersbibliotheken sowie einer möglichen Anhebung der Gebühren gesehen (Anträge wurden aber keine gestellt). Die Mehrheit der Kommission war aber der Ansicht, dass eine mögliche Schliessung von einer oder mehreren Quartierbibliotheken oder die Anhebung von Gebühren kontraproduktiv wären. Mehrere Gründe sprechen gegen die Schliessung von Quartierbibliotheken: 1. Diese werden v.a. von Leuten benutzt, die weniger mobil sind wie beispielsweise ältere Leute oder kleine Kinder. Auch mit einem gut ausgebauten öV ist es nicht mehr möglich, kleinere Kinder alleine in die Bibliothek gehen zu lassen. 2. Die Kornhausbibliothek wäre gar nicht in der Lage, mehr Benutzende aufzunehmen. Sie ist schon heute am Rande ihrer Kapazität. Zu gewissen Zeiten bilden sich lange Warteschlangen. 3. Das Bibliotheksnetz wurde langjährig diskutiert und der Stadtrat hat die Schliessung von Quartiersbibliotheken überparteilich abgelehnt. 4. Die aktuelle Jahresgebühr beträgt 50 Franken. Ein kleiner Betrag, aber für Menschen mit einem schmalen Geldbeutel ist dies viel Geld. Höhere Gebühren sind nicht mehr sozialverträglich. Ein Antrag auf Kürzung des Jahresbeitrages

von 3 237 500 Franken um 75 000 Franken ist abgelehnt worden. Eine Minderheit der Kommission hat sich für die Streichung des Artikels 29 des Leistungsvertrages ausgesprochen. Dieser besagt, dass für Vertragsverletzungen gemäss Artikel 28 Buchstaben a bis f die Stiftung der Stadt eine Konventionalstrafe von Fr. 10 000.00 schuldet. Nach der Ansicht der Kommissionsminderheit ist dieser Artikel überflüssig, da Artikel 28 a bis f die Gründe für eine vorzeitige Vertragsauflösung benennen. Werden also einer oder mehrere dieser Gründe verletzt, so hat die Stadt die Möglichkeit, den Vertrag aufzulösen. Es stellt sich nun die Frage, nach welchen Kriterien bei einer Verletzung der Bestimmungen des Artikels 28 a-f entschieden wird, ob der Vertrag gekündigt wird oder ob eine Konventionalstrafe zu bezahlen ist. Als Vertreterin der **Kommissionsminderheit** stelle ich folgenden **Antrag: „Der Artikel 29 „Konventionalstrafe“ ist ersatzlos aus dem Leistungsvertrag mit den Kornhausbibliotheken zu streichen**, da die Stadt die Möglichkeit hat, bei einer Verletzung der Bestimmungen des Artikels 28 a-f den Vertrag vorzeitig aufzulösen“. Antrag: Zustimmung zu den Anträgen 1, 2, 3 des Gemeinderats auf Seite 11 des Vortrages. Ich möchte auf den Artikel in der heutigen BZ verweisen, wonach 20% der Schweizer Schülerinnen und Schüler nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit kaum in der Lage sind, einen einfachen Text zu lesen, geschweige denn zu verstehen. Die FDP-Fraktion wiederholt ihren Antrag, der in der FIKO abgelehnt wurde. Die Anträge der SVP/JSVP-Fraktion und der GB/JA!/GPB-Fraktion lagen der FIKO nicht vor.

Fraktionserklärungen

Barbara Streit (EVP) für die GFL/EVP-Fraktion: Kein anderes Kulturangebot, welches von der Stadt unterstützt wird, wird so rege benutzt wie die Kornhausbibliotheken. 200 000 Personen haben im letzten Jahr Medien aus den Kornhausbibliotheken ausgeliehen. Alle Alters-, Sozial- und Bildungsschichten sind vertreten. Es handelt sich um das niederschwelligste Kulturangebot der Stadt Bern. In der Abstimmungsbotschaft ist von einem Grosse Erfolg der Kornhausbibliotheken die Rede. Seit 1997 haben die Ausleihen um rund 34% zugenommen. Für unsere Fraktion ist klar, dass die Kornhausbibliotheken weiterhin zum Service Public unserer Stadt gehören. Sie sind für die Entwicklung und Lebensqualität unserer Stadt ungemein wertvoll. Dies betrifft nicht nur die Hauptstelle im Kornhaus selber, sondern auch die Filialen in den Quartieren. Dort können selbst ältere Leute, die nicht mehr sehr mobil sind, vom nahen Angebot profitieren. Die Bibliothekarin hilft ihnen beim Aussuchen der Bücher. In diesem Zusammenhang ist auch die PISA-Studie zu nennen. Meine Kinder lernen im Moment zu lesen. Dabei spielt die Schule eine wichtige Rolle. Wichtig ist aber auch, dass der Lesestoff auch ausserhalb der Schulen für alle Altersstufen und Geschmacksrichtungen leicht zugänglich ist. So können die Kinder buchstäblich in die Welt der Bücher eintauchen. Ein Beispiel, welches dieses Eintauchen fördert, ist die Erzählnacht, die jedes Jahr in der Laubeggbibliothek stattfindet. Die PISA-Studie hat gezeigt, dass 20% der Schülerinnen und Schüler nach Abschluss der Schulzeit nicht in der Lage sind einfache Texte vollständig zu verstehen und den Inhalt sinngemäss wiederzugeben. Ein grosser Teil dieser Gruppe beherrscht zwar das Handwerk des Lesens, versteht aber den Text nicht und kann ihn nicht interpretieren. Die Entwicklung der Lesekompetenz ist nicht nach Abschluss der zweiten oder dritten Klasse abgeschlossen. Sie muss bis ans Ende der obligatorischen Schulzeit und darüber hinaus weitergeführt werden. Bei der Weiterentwicklung der Lesekompetenz spielen die Bibliotheken eine wichtige Rolle. Die Schule kann die Bibliotheken beliebt machen, indem sie diese während dem Unterricht regelmässig besucht. Dadurch werden die Schülerinnen und Schüler motiviert, auch neben dem Unterricht zu lesen. Wir stehen voll hinter dem Leistungsvertrag mit den KoB, wie ihn der Gemeinderat vorschlägt. Dies ist ein tragbarer Kompromiss, der einerseits der Finanzlage der Stadt Rechnung trägt, andererseits aber das kulturelle Angebot nicht zu stark

einschränkt. Mit dem neusten Leistungsvertrag sind die KoB bereit vielmehr Leistung zu einem nur wenig höheren Preis zu erbringen. Die Erhöhung des Eigenfinanzierungsgrads von 7,25% auf 13% erachten wir als vertretbar, auch wenn dies eine Erhöhung der Gebühren zur Folge hat. Uns ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche weiterhin kostenlos Bücher ausleihen können. Die Investitionen in der Zweigstelle Gäbelbach und in die EDV-Anlagen sind bei uns unbestritten. Ein wichtiger Passus scheint uns auch, dass die Stadt nicht einfach in die Lücke einspringen will, falls der Kanton seine Beiträge während der Dauer des Leistungsvertrags kürzt. In diesem Fall muss neu verhandelt werden. Zu den Anträgen: Wir lehnen sämtliche Kürzungsanträge ab. Den Antrag zum Artikel 9 der GB/JA!/GPB-Fraktion lehnen wir mehrheitlich ab, weil wir den Leistungsvertrag als gesamtes Paket betrachten an dem nichts mehr geändert werden sollte. Wir lehnen ebenfalls den FIKO-Minderheitsantrag Artikel 29 Konventionalstrafe ab.

Andreas Zysset (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: „Das Paradies habe ich mir immer als eine Art Bibliothek vorgestellt“ (Zitat von Jorge Luis Borges aus dem Vortrag des Gemeinderats). Wer ungeübt oder unfähig zu lesen ist und wer keinen Zugang zu Büchern hat, dem wird es in einem solchen Paradies relativ schnell langweilig. Die PISA-Studie zeigt gravierende Schwächen im schweizerischen Bildungssystem auf. Einer der Problemkreise, auf die die Studie hinweist, ist die Lesefähigkeit. Wir begrüssen den Leistungsvertrag mit den KoB und werden ihm zustimmen. Die Entwicklung der Lesefähigkeit kann nicht allein den Schulen überlassen werden. Hier erfüllen die Bibliotheken einen unschätzbaren Beitrag. Sie verhelfen zu einem niederschweligen Angebot und somit zur Übung mit dem Umgang der wichtigsten Kulturtechniken. Unsere ehemalige Bildungsdirektorin Leni Robert hat einmal gesagt: „Kultur ist wie eine dünne Patina, die jeden Tag gepflegt werden muss. Ohne diese Pflege geht sie verloren und darunter kommt die Barbarei zum Vorschein.“ Die Bibliotheken sind ein wesentlicher Teil unserer Kultur. Ihre Pflege verursacht Kosten. Kosten die aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion auch in schwierigen Zeiten getragen werden müssen. Im Zusammenhang mit dem Leistungsvertrag ist uns wichtig, dass der unkomplizierte Zugang zu den Bibliotheken für Alte, Junge und speziell für Kinder gewährleistet ist. Dies heisst, dass wir am heutigen Bibliothekennetz innerhalb der Stadt festhalten wollen. Die Aufhebung einer Zweigstelle würde die Benutzung für Kinder und ältere Leute unnötig erschweren. Die Gebühren müssen aus bildungs- und kulturpolitischen Gründen vertretbar und sozialverträglich sein. Wir lehnen jeden Antrag auf sozialunverträgliche Gebührenerhöhungen ab. Wir stellen fest, dass diese Forderungen mit dem vorliegenden Leistungsvertrag erfüllt sind. Artikel 9 und 10 regeln die Arbeitsbedingungen. Es wird im Wesentlichen auf übergeordnete Erlasse verwiesen. Die Angestellten erhalten den gleichen Teuerungsausgleich wie die städtischen Angestellten. Wir unterstützen den Antrag der GB/JA!/GPB-Fraktion, der die Anstellungsbedingungen der Bibliotheksangestellten generell denjenigen der städtischen Angestellten angleichen will. Damit erhält das Bibliothekspersonal erhöhte Sicherheit. Die Sicherheit des Leistungsangebots kann mit dem vorliegenden Leistungsvertrag auf dem heutigen hohen Niveau gehalten werden. Wir danken dem Gemeinderat, dass er hier die Bedeutung der Dienstleistungen der KoB erkennt und die Mittel trotz schwieriger Finanzlage bereitstellt. Wir unterstützen deshalb den Gemeinderat mit all seinen Anträgen. Wir unterstützen der GB/JA!/GPB-Fraktion zu Artikel 9. Alle anderen Anträge lehnen wir ab.

Urs Jaberg für die FDP-Fraktion: Die KoB erfüllt wichtige Bildungs- und Kulturaufträge. Sie erleichtert vielen Leuten den Zugang zu den verschiedensten Medien. Es ist völlig unbestritten: Wir brauchen die Bibliotheken. Das vorliegende Geschäft wurde durch die FIKO vorbehandelt. Damit ist gesagt, dass v.a. der finanzpolitische Aspekt im Vordergrund steht. Es geht uns keinesfalls darum den kultur- oder bildungspolitischen Aspekt der KoB zu bestreiten und

dort Abstriche machen zu wollen. Andererseits müssen wir uns die Frage stellen: Welche Bibliotheken können wir uns in Anbetracht der heutigen Finanzlage leisten? Wir sind der Auffassung, dass der Leistungsauftrag und der Eigenfinanzierungsgrad - wie sie in der Vorlage beschrieben sind - äusserst wichtige Faktoren sind, auch wenn der Selbstfinanzierungsgrad verhältnismässig niedrig ist. Ein weiterer Aspekt des Geschäftes ist, dass wir mit dem neuen Leistungsvertrag immer mehr gebundene Kosten vorgesetzt bekommen. Unser Entscheidungsspielraum über die ungebundenen Kosten wird immer kleiner. Ich halte den Einbezug der PISA-Studie zur Argumentation als untauglich. Ich bin der Auffassung, dass die in dieser Studie besprochenen Themen primär die Schule betreffen. Wir halten die Anzahl der Bibliotheken, die wir heute auf Stadtboden haben, für ausreichend. Eine Verdichtung des Netzes können wir uns nicht leisten. Die vorgesehenen Investitionen in die EDV-Anlage und in die Bibliothek Gäbelbach halten wir für richtig. Der finanzpolitische Aspekt bleibt für uns aber erhalten. Wir wollen der KoB keine Mittel wegnehmen, sondern wir wollen ihnen 2% weniger geben. Das bestehende Substrat bleibt so erhalten. Unser Sparvorschlag will, dass die Stadt gegenüber dem Kanton zu erkennen gibt, dass sie nicht bereit ist Lücken zu schliessen, die dieser hinterlässt. Die angespannte Finanzlage der Stadt verbietet ein solches Verhalten. Es geht darum, dass wir gegenüber dem Kanton eine klare Linie vertreten. In der FIKO war unser Sparvorschlag mit 5 : 5 Stimmen unentschieden. Die Präsidentin der FIKO gab danach den Ausschlag zur Ablehnung unseres Antrags. Wir sind der Meinung, dass unser Antrag moderat und durchaus vertretbar ist. Wir bitten deshalb um Unterstützung. **Antrag FDP-Fraktion zu Ziffer 1: Der Beitrag der Stadt Bern ist um total Fr. 300 000.00 resp. jährlich um Fr. 75 000.00 zu kürzen.**

Rudolf Friedli (JSVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Wir anerkennen grundsätzlich den Nutzen, die Notwendigkeit und die Wichtigkeit des Bibliothekenwesens. Die Frage ist nur zu welchem Preis. Wie jeder andere Bereich der Stadt sind auch die Bibliotheken nicht von Sparanstrengungen auszunehmen. Entscheidend sind für uns die Fragen, ob die Stadt die plafonierten Kantonsbeiträge ausgleichen und ob sie den Beitrag an die KoB erhöhen soll. Unseres Erachtens ist es verantwortungslos, wenn der Gemeinderat Geld ausgibt, welches die Stadt gar nicht hat. Was will der Gemeinderat tun, damit der Kanton seine Beiträge nicht mehr weiter plafoniert? Darauf gibt der sonst so ausführliche Vortrag keine Antwort. Wir haben kein Geld, um dem Kanton die Kohlen aus dem Feuer zu holen. Der jährliche Beitrag an die KoB soll gemäss Gemeinderat noch um mehr als den ausfallenden Kantonsbeitrag aufgestockt werden. Auch dafür hat die Stadt kein Geld. Wir wollen, dass die KoB auch spart und Leistungen abbaut. Die KoB ist frei, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel selber einzuteilen. Auch bei weniger Mitteln ist eine Schliessung der KoB zwingend. Beispielsweise könnte das Preissystem der KoB noch einmal überdacht werden. Familienrabatte wären eine Möglichkeit, um eine Niedrigschwelligkeit weiterhin zu gewährleisten. Die Öffnungszeiten können überprüft werden. Auch die Investitionsplanung ist nicht sakrosankt. Wenn es bei den Kindern an Textverständnis mangelt, verlangt dies in erster Linie nach Massnahmen an den Schulen und nicht in den Bibliotheken. Zu den Anträgen: **Die SVP/JSVP-Fraktion beantragt zu Ziffer 1: Der jährliche Beitrag der Stadt Bern beträgt Fr. 2 890 500.00 (Jährliche Kürzung um total Fr. 347 000.00) bzw. Fr. 11 562 000.00 (Kürzung um total Fr. 1 388 000.00) für die Jahre 2002 – 2006.** Unsere Begründung zum Antrag: Bisherige jährliche Summe von 2 820 000.00 zuzüglich 2,5% Teuerung ergibt Fr. 2 890 500.00. Wir wollen demnach nicht mehr Mittel sprechen als den Teuerungsausgleich. Bei der finanziellen Lage der Stadt Bern sind Mehrausgaben nicht mehr zu verantworten. Wir bitten um Unterstützung. Den Antrag der GB/JA!/GPB-Fraktion zu den Anstellungsbedingungen lehnen wir ab. Wir wollen den KoB keine weiteren Vorschriften machen, wie sie mit den knappen Mitteln umgehen sollen. Der Minderheitsantrag der FIKO lehnen wir ab. Die Konventionalstrafe kann nicht aufgehoben werden, nur weil man

den Vertrag kündigen kann. Es handelt sich hier um zwei verschiedene Instrumente. Den Antrag der FDP-Fraktion unterstützen wir, wenn unser Antrag abgelehnt wird. Weiter haben wir von der SVP/JSVP-Fraktion folgenden **Antrag zu Art. 30 Laufzeit des Vertrages gestellt: Will die Stadt das Vertragsverhältnis nicht über das Jahr 2006 hinaus fortsetzen, so ist dies der Stiftung durch den Gemeinderat bis spätestens 31. Dezember 2005 schriftlich mitzuteilen.** Unsere Begründung: Die Kündigungsfrist von 2 Jahren ist zu lang. Zudem hat die Stiftung mit einem Jahr genügend Zeit für Dispositionen. Aus unserer Sicht genügt eine Vorlaufszeit von 1 Jahr. Wir bitten auch um Unterstützung dieses Antrags.

Nathalie Imboden (GB) für die GB/JA!/GPB-Fraktion: 6 548 Kinder und Jugendliche haben im letzten Jahr die Bibliotheken der Stadt Bern benutzt. Die KoB animiert Kinder zum Lesen. Aber auch die Älteren finden in der Bibliothek sehr viel Anregungen. Dank der Bibliothek müssen nicht alle Bücher angeschafft werden, wenn man sie lesen will. Die PISA-Studie wird v.a. von der bürgerlichen Seite nicht sehr ernst genommen. Sie hat klar gezeigt, dass es bei der Lesekompetenz unserer Kinder und Jugendlichen Schwierigkeiten gibt. Genau vor diesem Hintergrund ist es sehr erfreulich, dass 28% der Benutzenden der Kornhausbibliotheken Kinder unter 14 Jahren sind. Mehr als die Hälfte der Leute, die dieses Angebot nutzen, sind unter 25 Jahren alt. Jeder Franken, der in die KoB investiert wird, dient der Leseförderung. Trotz der wachsenden Nachfrage der elektronischen Medien steht das Buch immer noch im Zentrum. Wer die PISA-Studie nicht so ernst nehmen will, muss folgenden Punkt bedenken: Gerade Kinder aus bildungsfernen Schichten haben Mühe mit dem Lesen. Hier sind zusätzliche Investitionen notwendig um dies zu kompensieren. Bibliotheken tun dies mit ihrem lesefreundlichen Umfeld. Bibliotheken braucht es deshalb, damit die Chancengleichheit gewährt wird. Es ist nicht im Sinn eines niedrigschwelligen Angebots, wenn die Erhöhung des Eigenfinanzierungsgrades durch höhere Gebühren finanziert werden muss. Eine Stärke der KoB sind die Zweigstellen, die ein breites Angebot bieten. Unsere Fraktion unterstützt den vorliegenden Leistungsvertrag. Der Kanton darf sich aber mit seinen sinkenden Beiträgen nicht einfach aus der Verantwortung stehlen. Der Gemeinderat muss sich dafür einsetzen. Leider trägt der vorliegende Leistungsvertrag dem Erfolg der KoB nicht Rechnung. Wenn immer mehr Leute Bücher und andere Medien ausleihen, werden die Personalressourcen immer enger. Es war nur dank dem Engagement des Personals möglich, diesen Mehraufwand aufzufangen. Die Kürzungsanträge der Fraktionen FDP und SVP/JSVP führen in eine Sackgasse. Ein weiterer Abbau ist nicht möglich. Wir lehnen sie ab. Wir bitten aber um Unterstützung unseres **Änderungsantrags zum Artikel 9 Anstellungsbedingungen: (...) Dieses entspricht den neuesten Erkenntnissen des zeitgemässen Personalmanagements, stützt sich auf die Anstellungsbedingungen der Stadt Bern unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen (insbesondere Obligationenrecht, Arbeitsgesetz, Gleichstellungsgesetz, Datenschutzgesetz).** Es macht Sinn, dass die Stadt, die die KoB mehrheitlich finanziert, ihre Anstellungsbedingungen in ihren Leistungsverträgen verpflichtend macht. Die Formulierung „...stützt sich auf...“ lässt einen gewissen Handlungsspielraum offen. Mit diesem Antrag wird auch verhindert, dass es ein Zweiklassensystem in den verschiedenen Anstellungen der Stadt Bern gibt.

Direktorin BUI *Edith Olibet*: Die Kornhausbibliotheken sind ein Erfolgsmodell. Dies sieht man an den jährlich zunehmenden Leserinnen- und Leserzahlen. Dass dies so ist, hängt zentral von den Mitarbeitenden ab. Ich möchte ihnen im Namen des Gemeinderats für ihre bildungs- und kulturpolitische Arbeit danken. Nicht alle Sprecherinnen und Sprecher schlussfolgern nun, dass man mindestens den Besitzstand der KoB erhalten muss. Die KoB ist ein niederschwelliges Angebot. 25% der Berner Bevölkerung sind ihre Kunden und Kundinnen. Kein anderes Angebot der Stadt Bern kann ihr dies gleichtun. Das Ergebnis der harten Verhandlungen ist nun der jährliche Beitrag, der Ihnen hier vorliegt. Der Gemeinderat kam zum Schluss, dass es

nicht angeht, die Kornhausbibliotheken nachhaltig zu schädigen. Deshalb setzen wir uns vehement für den Ausgleich der Teuerung ein, wie dies in der Kreditvorlage vorgesehen ist. Dabei handelt es sich keinesfalls um eine Luxusfinanzierung. Finnland als Spitzenreiter der PISA-Studie gibt 1% von seinem Budget für Bibliotheken aus. 1% der Stadtberner Finanzen wären 10 Mio Franken. Es würde mir aus finanzpolitischen Gründen nie einfallen, solche Forderungen zu stellen. Zu den einzelnen Anträgen: Der Gemeinderat lehnt die Streichung der Konventionalstrafe entschieden ab. Ich bitte den Stadtrat um Unterstützung, auch wenn er nicht die Kompetenz hat, an diesem Vertrag etwas zu ändern. Für den Gemeinderat ist es nicht einsichtig, warum es bei Nichteinhaltung der Vorgaben nicht wie in der freien Wirtschaft zu einer Konventionalstrafe kommen soll. Wer sich an die Vorgaben hält, hat nichts zu befürchten. Wie Andreas Zysset gesagt hat, verursachen die Kornhausbibliotheken hohe Kosten. Sie haben aber auch einen sehr grossen „return of investment“. Der Eigenfinanzierungsgrad von 13% ist sehr hoch für die KoB. Im Sport liegt der Eigenfinanzierungsgrad bei 11%. Niemand rüttelt an diesem Eigenfinanzierungsgrad, weil wir wissen, wie wichtig die Arbeit der Sportvereine ist. Dasselbe gilt für die KoB. Ich bin überzeugt, dass die KoB in der Lage ist die 13% Eigenfinanzierungsgrad zu leisten. Alles was darüber hinaus geht, ist nicht möglich, ohne die Bibliotheken nachhaltig zu schädigen. Die Kreditkürzungsanträge der Fraktionen FDP und SVP/JSVP lehnt der Gemeinderat ab. Zuerst wird die KoB für ihren Erfolg gelobt, danach schlussfolgern die beiden Fraktionen, dass der jährliche Beitrag im Leistungsvertrag zu kürzen sei. Es ist so, dass primär die Schulen für das schlechte Abschneiden der Schülerinnen und Schüler in der PISA-Studie verantwortlich sind. Ganz wesentlich ist aber auch das Elternhaus und der möglichst frühe Zugang zu Büchern. Nicht alle haben zu Hause ein volles Bücherregal. Daher sind die Kornhausbibliotheken eine ideale Institution. Es darf nicht behauptet werden, man nehme den KoB nichts weg, wenn man ihnen Mittel kürzt. Es ist eine Illusion zu glauben, man könne damit den Kanton massregeln und ihn zum Zahlen bewegen. Werden wie beantragt Gelder der KoB gestrichen, so muss eine Bibliothek geschlossen werden. Dagegen hat sich der Stadtrat vor einigen Jahren ausgesprochen. Mit weniger Geld bekommt man nicht dieselben Leistungen. Dem Gemeinderat ist dies klar und darum legen wir den jährlichen Betrag an die KoB in dieser Höhe vor. Auch die Öffnungszeiten können nicht geändert werden. Jede der Bibliotheken hat Werktags einmal geschlossen. Eine grosse Benutzerschaft zu haben ist zwar erfreulich, aber die so vermehrt ausgeliehenen Medien nutzen sich schneller ab. Die Medienkredite, die im Leistungsvertrag festgelegt sind, liegen weit unter den Richtlinien, die für Bibliotheken gelten. Die Bewohner der Stadt Bern und die angeschlossenen Gemeinden können stolz sein, dass Kinder und Jugendliche bis 25 Jahre - aus bildungs- und kulturpolitischen Gründen - in unseren Bibliotheken keine Ausleihgebühren für Bücher bezahlen müssen. Die KoB halten die Arbeitsbedingungen ein, wie sie die GB/JA!/GPB-Fraktion in ihrem Antrag fordern. Wenn der Stadtrat den Antrag der GB/JA!/GPB-Fraktion annimmt, dann bitte ich eine andere Formulierung für Art. 9 zu wählen. Die Stadtratspräsidentin wird meinen Vorschlag vorlesen. Der Gemeinderat lehnt auch den Antrag der SVP/JSVP-Fraktion zu Art. 30 ab. Es ist eine moralische Verpflichtung, dass man der KoB eine Kündigung des Vertrags frühzeitig meldet. Dem Antrag der FIKO zur Abstimmungsbotschaft stimmt der Gemeinderat zu. Ich bitte den Rat, den Antrag des Gemeinderats zu unterstützen.

Einzelvoten

Rudolf Friedli (JSVP): Wir nehmen nichts weg. Wir geben die Teuerung zum bisherigen Betrag, den die Stadt geleistet hat. Wir sind aber nicht bereit die Kosten, die der Kanton nicht mehr leistet, aufzufangen. Wir wollen wie die FDP-Fraktion ein Zeichen setzen. Der Kanton soll nicht meinen, er könne einfach Mittel streichen und die Stadt müsse diese dann über-

nehmen. Die Richtlinien, die bestehen um die Medien zu erneuern, gehen immer vom Idealfall aus. Experten, die glauben, ihre Anliegen seien die wichtigsten, legen diese fest. Wenn man sich nicht daran hält, ist dies noch nicht der Untergang.

Direktorin BUI *Edith Olibet*: Wenn die KoB etwas können, ist es der Umgang mit den finanziellen Mitteln. Man sieht dies an den zunehmenden Benutzer- und Benutzerinnenzahlen. Je mehr Leute das Angebot nutzen, desto mehr Arbeit fällt an. Ein Zeichen gegen den Kanton setzen sollen bitte die bürgerlichen Parteien. Dies muss aber dort geschehen, wo es wirklich etwas bringt, nämlich bei der Abgeltung der Zentrumslasten, die der Kanton für die Stadt erlässt. Beeinflussen müssen Sie Ihre Parteikollegen auf kantonaler Ebene. Es würde der Stadt wesentlich besser gehen, wenn Sie sich auf kantonaler Ebene mit der gleichen Vehemenz einsetzen würden, wie Sie dies hier tun.

Corinne Mathieu (SP): Die Fraktionen FDP und SVP/JSVP wollen ein Zeichen setzen. Ich finde es immer spannend, wo die bürgerlichen Fraktionen Zeichen setzen wollen. Immer dann wenn es darum geht, kulturelle Institutionen vor dem Ruin zu retten. Wenn es darum geht, Veranstaltungen wie die Olympiade mit Millionen zu unterstützen sind die Bürgerlichen immer dazu bereit.

Rudolf Friedli (JSVP): Ich bitte Corinne Mathieu ein anderes Beispiel zu nennen als die Olympiade, wo aus ihrer eigenen Partei nicht wenige dafür sind.

Beschlüsse

1. Der Antrag der FDP-Fraktion obsiegt dem Antrag der SVP/JSVP-Fraktion mit 23 : 10 Stimmen bei 36 Enthaltungen.

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.

Für den Antrag der FDP-Fraktion stimmen: Hans Peter Aeberhard, Thomas Balmer, Markus Blatter, Jsabelle Blunschy, Christine Bosshardt, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Urs Jaeger, Daniele Jenni, German Kalbermatten, Daniel Kast, Markus Kiener, Annemarie Lehmann, Anton Maillard, Mario Marti, Christoph Müller, Philippe Müller, Heinz Rub, Ernst Stauffer, Hans-Ulrich Suter, Katharina Suter, Max Suter, Kurt W. Weyermann

Für den Antrag der SVP/JSVP-Fraktion stimmen: Peter Bernasconi, Rudolf Friedli, Hans Ulrich Gränicher, Rolf Häberli, Kurt Hirsbrunner, Margareta Klein-Meyer, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Margrit Thomet

Der Stimme enthielten sich: Michael Aebersold, Oskar Balsiger, Christof Berger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Verena Furrer-Lehmann, Natalie Imboden, Michael Jordi, Esther Kälin Plézer, Rudolf Keller, Blaise Kropf, Peter Künzler, Liselotte Lüscher, Markus Lüthi, Corinne Mathieu, Christian Michel, Erik Mozsa, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Ursula Rudin-Vonwil, Sabine Schär-rer, Doris Schneider, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Michael Straub, Barbara Streit-Stettler, Béatrice Stucki, Margrit Stucki-Mäder, Catherine Weber, Beat Zobrist, Andreas Zysset

2. Der Antrag des Gemeinderats obsiegt dem Antrag der FDP-Fraktion mit 39 : 30 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.

Für den Antrag des Gemeinderats stimmen: Michael Aebersold, Oskar Balsiger, Christof Berger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Verena Furrer-Lehmann, Natalie Imboden, Daniele Jenni, Michael Jordi, Esther Kälin Plézer, Rudolf Keller, Margareta Klein-Meyer, Blaise Kropf, Peter Künzler, Liselotte Lüscher, Markus Lüthi, Corinne Mathieu, Christian Michel, Erik Mozsa, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Ruth Rauch, Ursula Rudin-Vonwil, Sabine Schärner, Doris Schneider, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Michael Straub, Barbara Streit-Stettler, Béatrice Stucki, Margrit Stucki-Mäder, Catherine Weber, Beat Zobrist, Andreas Zysset

Für den Antrag der FDP-Fraktion stimmen: Hans Peter Aeberhard, Thomas Balmer, Peter Bernasconi, Markus Blatter, Jsabelle Blunschy, Christine Bosshardt, Rudolf Friedli, Hans Ulrich Gränicher, Rolf Häberli, Ueli Haudenschild, Kurt Hirsbrunner, Stephan Hügli, Urs Jaberg, German Kalbermatten, Markus Kiener, Anton Maillard, Mario Marti, Christoph Müller, Philippe Müller, Heinz Rub, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Ernst Stauffer, Hans-Ulrich Suter, Katharina Suter, Max Suter, Margrit Thomet, Thomas Weil, Kurt W. Weyermann

Der Stimme enthielten sich: Dieter Beyeler, Daniel Kast, Annemarie Lehmann

Der Gemeinderat formuliert den Antrag der GB/JA!/GPB-Fraktion folgendermassen um:

3. Kapitel: Personal; **Art. 9 Anstellungsbedingungen:** ¹ **Die Stiftung ist für das Personalwesen verantwortlich. Dieses entspricht unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen (insbesondere Obligationenrecht, Arbeitsgesetz, Gleichstellungsgesetz, Datenschutzgesetz) den neusten Erkenntnissen des zeitgemässen Personalmanagements und richtet sich nach den „Allgemeinen Vertragsbedingungen für Arbeitsverträge mit Vertragsangestellten“ (AVB) der Stadt Bern.**

Fraktionserklärungen

Nathalie Imboden für die GB/JA!/GPB-Fraktion: Unser Antrag geht klar weiter als derjenige des Gemeinderats. Unsere Formulierung impliziert AVB. Zusätzlich gelten aber auch die Pensionskassenregelungen und weitergehende Regelungen, die in den Anstellungsbedingungen der Stadt Bern enthalten sind. Ich bitte um Unterstützung.

Direktorin BUI *Edith Olibet*: Ich muss zu allen Anträgen, die zum Leistungsvertrag gemacht werden, sagen, dass der Stadtrat nicht das kompetente Organ ist. Ich nehme die Abstimmung als konsultative Abstimmung entgegen. Ich bitte den Stadtrat die allgemeinen Vertragsbestimmungen anzunehmen und den Antrag der GB/JA!/GPB-Fraktion abzulehnen.

Michael Jordi für die GB/JA!/GPB-Fraktion: Wir ziehen unseren Antrag zu Art. 9 zugunsten des umformulierten Antrags des Gemeinderats zurück.

Beschluss

Der neue Antrag des Gemeinderats zu Art. 9 Anstellungsbedingungen wird mit 41 : 20 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.

Für den Antrag des Gemeinderats stimmen: Michael Aebersold, Oskar Balsiger, Christof Berger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Verena Furrer-Lehmann, Natalie Imboden, Daniele Jenni, Michael Jordi, German Kalbermatten, Esther Kälin Plézer, Daniel Kast, Rudolf Keller, Margareta Klein-Meyer, Blaise Kropf,

Liselotte Lüscher, Markus Lüthi, Anton Maillard, Corinne Mathieu, Christian Michel, Erik Mozsa, Barbara Mühlheim, Rosmarie Okle Zimmermann, Ruth Rauch, Ursula Rudin-Vonwil, Sabine Schärner, Doris Schneider, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Ernst Stauffer, Barbara Streit-Stettler, Béatrice Stucki, Margrit Stucki-Mäder, Catherine Weber, Beat Zobrist, Andreas Zysset

Für den Antrag der GB/JA!/GPB-Fraktion stimmen: Hans Peter Aeberhard, Thomas Balmer, Peter Bernasconi, Christine Bosshardt, Rudolf Friedli, Hans Ulrich Gränicher, Rolf Häberli, Kurt Hirsbrunner, Urs Jaberg, Mario Marti, Christoph Müller, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Michael Straub, Hans-Ulrich Suter, Katharina Suter, Margrit Thomet, Thomas Weil, Kurt W. Weyermann

Der Stimme enthielten sich: Dieter Beyeler, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Peter Künzler, Annemarie Lehmann, Max Suter

Minderheitsantrag FIKO auf Streichung des Art. 29 Konventionalstrafe

Stephan Hügli für die FDP-Fraktion: Wir haben uns vorhin der Stimme enthalten oder mit Nein gestimmt, weil wir keine Konsultativabstimmungen machen wollen. Wir sagen, was wir im Vertrag haben wollen. Dass der Vertrag nachher nicht so gilt, weil er zwischen zwei Partnern ausgehandelt werden muss ist klar. Wenn die KoB nicht einverstanden ist, muss der Vertrag neu ausgehandelt werden, um ihn wieder dem Stadtrat vorzulegen. Wir können sehr wohl in den Wortlaut des Vertrages eingreifen. Ob es gescheit ist und ob die KoB die Änderungen akzeptieren werden, sei dahingestellt. Wir stimmen aber nicht konsultativ ab.

Beschluss

Der Minderheitsantrag der FIKO auf Streichung des Art. 29 Konventionalstrafe wird mit 41 : 17 Stimmen bei 14 Enthaltungen abgelehnt.

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.

Mit Nein stimmen: Michael Aebersold, Thomas Balmer, Oskar Balsiger, Christof Berger, Peter Bernasconi, Markus Blatter, Jsabelle Blunschy, Christine Bosshardt, Marie-Louise Durrer, Rudolf Friedli, Rolf Häberli, Ueli Haudenschild, Kurt Hirsbrunner, Stephan Hügli, Urs Jaberg, German Kalbermatten, Daniel Kast, Markus Kiener, Annemarie Lehmann, Liselotte Lüscher, Anton Maillard, Mario Marti, Christian Michel, Barbara Mühlheim, Christoph Müller, Philippe Müller, Rosmarie Okle Zimmermann, Ruth Rauch, Heinz Rub, Erich Ryter, Beat Schori, Rolf Schuler, Rudolph Schweizer, Ernst Stauffer, Margrit Stucki-Mäder, Hans-Ulrich Suter, Katharina Suter, Margrit Thomet, Thomas Weil, Kurt W. Weyermann, Andreas Zysset

Mit Ja stimmen: Hans Peter Aeberhard, Verena Furrer-Lehmann, Natalie Imboden, Daniele Jenni, Michael Jordi, Margareta Klein-Meyer, Blaise Kropf, Peter Künzler, Corinne Mathieu, Erik Mozsa, Sabine Schärner, Doris Schneider, Miriam Schwarz, Peter Sigerist, Michael Straub, Barbara Streit-Stettler, Catherine Weber

Der Stimme enthielten sich: Dieter Beyeler, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Peter Bühler, Michael Burri, Walter Christen, Esther Kälin Plézer, Rudolf Keller, Markus Lüthi, Ursula Rudin-Vonwil, Sylvia Spring Hunziker, Béatrice Stucki, Max Suter, Beat Zobrist

Antrag der SVP/JSVP-Fraktion; Art. 30 Laufzeit des Vertrags: streichen

Rudolf Friedli für die SVP/JSVP-Fraktion: Absatz 3 ist sinnlos. Es ist ehrlicher, wenn diese Frist kurz gemacht wird. Wenn die Stadt die Frist verpasst, kann sie die Verhandlungen plat-

zen lassen und keinen neuen Vertrag aushandeln. Aus dieser Sicht ist es sonderbar irgendwelche Fristen auszumachen.

Beat Schori (SVP): Im Vertrag ist eine Kündigungsfrist von einem Jahr enthalten. Damit Klarheit entsteht, sollte dies auch im Art. 30 angepasst werden.

Corinne Mathieu (SP): Will die SVP-Fraktion den Art. 30 streichen oder ändern?

Direktorin BUI *Edith Olibet*: Wie ich die SVP-Fraktion verstanden habe, will sie die Kündigungsfrist auf ein Jahr festlegen. Wir haben im Vertrag eine Kündigungsfrist von zwei Jahren festgelegt. Wie gesagt, läuft der Vertrag auf Ende Jahr 2005 aus. Es ist eine Frage der moralischen Verpflichtung. Der Gemeinderat findet: Wir sollten es zwei Jahre im Voraus sagen, wenn wir den Vertrag kündigen wollen, damit die KoB umdisponieren kann.

Stephan Hügli (FDP): Liebe SVP-Fraktion, belasst die Frist bei zwei Jahren. Es gibt keine Fristdisparität. Aus wichtigen Gründen kann der Vertrag jederzeit ein Jahr im Voraus gekündigt werden.

Beschluss

Der Antrag der SVP/JSVP-Fraktion wird mit 61 : 10 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.

Mit Nein stimmen: Hans Peter Aeberhard, Michael Aebersold, Thomas Balmer, Oskar Balsiger, Christof Berger, Dieter Beyeler, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Markus Blatter, Jsabelle Blunschy, Christine Bosshardt, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Verena Furrer-Lehmann, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Natalie Imboden, Urs Jaberg, Daniele Jenni, Michael Jordi, German Kalbermatten, Esther Kälin Plézer, Daniel Kast, Rudolf Keller, Markus Kiener, Margareta Klein-Meyer, Blaise Kropf, Peter Künzler, Annemarie Lehmann, Liselotte Lüscher, Markus Lüthi, Anton Maillard, Mario Marti, Corinne Mathieu, Christian Michel, Erik Mozsa, Barbara Mühlheim, Christoph Müller, Philippe Müller, Rosmarie Okle Zimmermann, Ruth Rauch, Heinz Rub, Ursula Rudin-Vonwil, Sabine Schärner, Doris Schneider, Rolf Schuler, Miriam Schwarz, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Ernst Stauffer, Michael Straub, Barbara Streit-Stettler, Béatrice Stucki, Margrit Stucki-Mäder, Hans-Ulrich Suter, Katharina Suter, Catherine Weber, Kurt W. Weyermann, Beat Zobrist, Andreas Zysset

Mit Ja stimmen: Peter Bernasconi, Rudolf Friedli, Hans Ulrich Gränicher, Rolf Häberli, Kurt Hirsbrunner, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Margrit Thomet, Thomas Weil

Der Stimme enthält sich: Max Suter

Schlussabstimmung

Der bereinigte Antrag des Gemeinderats wird mit 62 : 1 Stimme bei 10 Enthaltungen angenommen.

Die Abstimmung erfolgt unter Namensaufruf.

Mit Ja stimmen: Hans Peter Aeberhard, Michael Aebersold, Thomas Balmer, Oskar Balsiger, Christof Berger, Margrith Beyeler, Peter Blaser, Markus Blatter, Jsabelle Blunschy, Christine Bosshardt, Michael Burri, Walter Christen, Marie-Louise Durrer, Verena Furrer-Lehmann, Rolf Häberli, Ueli Haudenschild, Stephan Hügli, Natalie Imboden, Urs Jaberg, Daniele Jenni, Michael Jordi, German Kalbermatten, Esther Kälin Plézer, Daniel Kast, Rudolf Keller, Markus

Kiener, Margareta Klein-Meyer, Blaise Kropf, Peter Künzler, Annemarie Lehmann, Liselotte Lüscher, Markus Lüthi, Anton Maillard, Mario Marti, Corinne Mathieu, Christian Michel, Erik Mozsa, Barbara Mühlheim, Christoph Müller, Philippe Müller, Rosmarie Okle Zimmermann, Ruth Rauch, Heinz Rub, Ursula Rudin-Vonwil, Sabine Schärer, Doris Schneider, Rolf Schüler, Miriam Schwarz, Peter Sigerist, Sylvia Spring Hunziker, Ernst Stauffer, Michael Straub, Barbara Streit-Stettler, Béatrice Stucki, Margrit Stucki-Mäder, Hans-Ulrich Suter, Katharina Suter, Max Suter, Catherine Weber, Kurt W. Weyermann, Beat Zobrist, Andreas Zysset

Mit Nein stimmt: Thomas Weil

Der Stimme enthält sich: Peter Bernasconi, Dieter Beyeler, Peter Bühler, Rudolf Friedli, Hans Ulrich Gränicher, Kurt Hirsbrunner, Erich Ryter, Beat Schori, Rudolph Schweizer, Margrit Thomet

Der Antrag der FIKO zur Abstimmungsbotschaft Seite 6, linke Spalte:

Die Aufgaben der Kornhausbibliotheken in der Stadt Bern: In der Stadt betreiben (...), 8 Zweigstellen (**Breitenrain, Bümpliz, Gäbelbach, Länggasse, Laubegg, Rossfeld, Steigerhubel, Tscharnergut**) und 2 Pavillons (**Münsterplattform, Rosengarten**). Die Kornhausbibliotheken (...) wird einstimmig angenommen.

Beschluss

Die gemäss FIKO-Antrag bereinigte Abstimmungsbotschaft wird vom Rat einstimmig gutgeheissen.

3 Kornhausforum: Leistungsvertrag 2003-2007; Kredit

Antrag Nr. 103

1. Der Stadtrat beschliesst für den Betrieb des Kornhausforums in den Jahren 2003–2007 einen Gesamtbeitrag von maximal Fr. 4 900 000.00. Dafür wird jährlich ein Kredit von Fr. 980 000.00 zu Lasten der laufenden Rechnung, Konto 610.3650.40, bewilligt.
2. Der Gemeinderat wird ermächtigt, mit dem Verein Kornhausforum einen Leistungsvertrag unter Einhaltung der finanziellen Limiten gemäss Ziff.1 abzuschliessen.
3. Dieser Beschluss unterliegt der fakultativen Volksabstimmung gemäss Artikel 51 Absatz 3 GO.

Für die FIKO spricht *Michael Jordi* (GB): Das Kornhausforum läuft seit 3 bis 4 Jahren als Versuch und soll nun in ein Definitivum übergeführt werden. Die Nachfolgeregelung soll auf die anderen Kulturinstitutionen der Stadt abgestimmt werden und ist darum auf 6 Jahre angelegt. Die FIKO stimmt diesem Vorgehen zu. Es hat keinen Sinn, den Versuchsbetrieb ein weiteres Jahr fortzuführen. Das Kornhausforum hat sich gut in die städtische Kulturlandschaft integriert. Der Gemeinderat hat in seinen Weisungen aus dem Jahr 1998 Vorgaben für den Versuchsbetrieb gemacht. Diese wurden fast unverändert in den Leistungsvertrag übernommen. Wer die Detailanalyse betrachtet, ist erstaunt über die Fülle von privaten und öffentlichen Veranstaltungen, die im Kornhausforum abgehalten wurden. Im letzten Jahr wurde eine klare Verschiebung in Richtung öffentliche Anlässe beschlossen. Dies drückte sich in einer leicht rückläufigen Besucherinnen- und Besucherzahl aus. Die Publikumsschwankungen innerhalb der Bandbreite sind verständlich. Das Kornhausforum kommt mit einem relativ kleinen Budget von rund 1 Mio Franken oder wenn man die sehr teuren Miete abzieht, mit rund 600 000 Franken pro Jahr aus. Das kulturpolitische Fazit lautet: Ein vielseitiges, anregendes und

breites Programm. Wünschenswert wäre es nach Meinung der FIKO gewesen, wenn eine Evaluation des Versuchsbetriebs nach der Pilotphase auch von aussen stattgefunden hätte. Die FIKO hat sich folgende Fragen gestellt, die sie aber nicht beantworten konnte: Sind die gestellten Aufgaben in den gemeinderätlichen Weisungen die richtigen gewesen? Was hat sich bewährt, was nicht? War das Angebot zu breit? Kann das Forum langfristig so weitergeführt werden, ohne dass es selber Leistungen produziert? Der Leistungsauftrag, der die bisherigen Tätigkeiten einfach übernimmt, wäre zu überprüfen gewesen. Klar ist, dass zu diesem Preis nicht viel mehr erwartet werden kann, ohne von den bisher erbrachten Leistungen etwas zurückzustellen. Das Forum sollte vermehrt für Kulturpolitik in der Stadt Bern eingesetzt werden. Die bernische Kulturlandschaft sollte vermehrt gesteuert werden. Mit Steuerung meine ich nicht die Einflussnahme auf die künstlerische Freiheit der Kulturschaffenden oder Ausstellenden, sondern eine bewusste Schwerpunktlegung. Eine Erneuerung der Kulturdiskussion wäre fruchtbarer, als eine Struktur- und Personaldebatte über die Museenlandschaft. Dazu wäre das Kornhausforum prädestiniert. Dies wurde auch schon getan: Ich erinnere an die „Stadttheaterdiskussion“ oder an die Diskussionsreihe „Stadtplanung und Integration“. Hier wären Leistungslücken zu füllen, die auch nicht sehr viel kosten würden. Heute befinden wir über den Leistungsvertrag 2005 bis 2008. Die Stadt leistet 980 000 Franken pro Jahr. Davon werden 410 000 Franken mit dem Mietzins verrechnet. Das Budget sieht eine Aufstockung von 160 000 Franken vor. Dieser Betrag wird für die Leitung, das Sekretariat, die Technik und PR-Arbeiten eingesetzt. Die FIKO erachtet die Finanzaufstockung als wichtig. Der bisherige Versuchsbetrieb wurde nicht mit genügend Ressourcen ausgestattet. Die Anträge der SVP/JSVP lehnt die FIKO ab. Hingegen will die FIKO die Anstellungsbedingungen ändern. Neu soll es im Leistungsvertrag im **Art. 8** heissen: (...) Dieses entspricht den neusten Erkenntnissen des zeitgemässen Personalwesens **und stützt sich auf die Anstellungsbedingungen der Stadt Bern** unter Einhaltung (...). In **Art. 22 Kündigung während der Laufzeit, Abs. 1** will die FIKO **den letzten Satz streichen** (Haushaltsverbesserungsmassnahmen...). Damit will die FIKO erreichen, dass vorgeschlagene Haushaltsverbesserungsmassnahmen auch den Anlass einer Kündigung sein können. Ich bitte um Unterstützung.

Fraktionserklärungen

Urs Jaberg für die FDP-Fraktion: Das Kornhausforum hat sich im bernischen Kulturalltag einen wichtigen Platz erobert. Kulturelle Veranstaltungen, die früher eher ein kümmerliches Dasein fristen mussten, gehören zum sehr interessanten Angebot des Kornhausforums. Diese Veranstaltungen wurden mit engen Personalressourcen vorbereitet. Besonders im Bereich Technik fehlten notwendige Kapazitäten. Der gute Auslastungsgrad ist mitverantwortlich, dass der Bedarf an Mitteln für den Unterhalt parallel gestiegen ist. Unsere Fraktion geht davon aus, dass mit dem neuen Leistungsvertrag inhaltliche Schwerpunkte gesetzt werden. Falls es die Finanzen erlauben, sollen auch vermehrt eigene Veranstaltungen durchgeführt werden, um damit einen kulturellen Schwerpunkt zu setzen. Wir hoffen auch dass der Eigenfinanzierungsgrad, der heute 20% beträgt, beibehalten oder gar verbessert werden kann. In diesem Sinn möchten wir den Verein Kornhausforum auffordern weitere Anstrengungen zu unternehmen um zusätzliche Mittel zu finden, damit die Konzeptvorgaben erreicht werden können. Die zeitliche Koordination mit den anderen Kulturverträgen erachten wir als richtig. Damit kann vermieden werden, dass der eine Vertrag gegen den anderen ausgespielt werden kann. Auch mit dem Änderungsantrag der FIKO zu Art. 8 Anstellungsbedingungen sind wir einverstanden. Wir begrüssen die Aufbesserung der Mittel um 160 000 Franken im Leistungsvertrag ausdrücklich.

Verena Furrer-Lehmann (GFL) für die GFL/EVP-Fraktion: Die Leistungsverträge sind ein Stückwerk eines Ganzen, welches wir nicht kennen. Wir werden im Kulturbereich immer wieder aufgefordert zu Einzelkrediten Stellung zu nehmen, ohne über das Grundsätzliche je debattiert zu haben. Vor einem Jahr hat unsere Fraktion den Gemeinderat in einer Motion gebeten uns ein Gesamtkonzept vorzulegen aus dem ersichtlich wird, wie viel und welche Kultur wir wollen und was wir uns davon leisten können. Die heutige Diskussion zeigt, dass ein solches Konzept immer noch notwendig wäre. Aus unserer Sicht ist das Kornhaus eines der erfreulichsten Projekte, die die Stadt Bern in den letzten Jahren realisiert hat: Ein Publikumsmagnet für die ganze Berner Bevölkerung. Dazu beigetragen haben mehrere Träger: Die KoB, das Kornhausforum, aber auch die Theaterkasse, das Café und das Restaurant. Aus dem Kornhaus ist ein dicht genutzter städtischer Raum geworden. Die Aufstockung der Mittel im Leistungsvertrag ist darauf zurückzuführen, dass der Gemeinderat für die Projektphase zu wenig Geld gesprochen hat. Um die Weisungen des Gemeinderates umzusetzen wurden mehr Mittel gebraucht als angenommen. Nur dank dem grossartigen Engagement der Leitung und des Personals war es möglich ein solch reichhaltiges Angebot entstehen zu lassen. Darum bitten wir um Unterstützung für die Aufstockung der Mittel des Kornhausforums. An den Kredit möchten wir jedoch eine Erwartung knüpfen: Das Kornhausforum soll seinen Kommunikationsauftrag verstärkt wahrnehmen. Bei der Kommunikation mit der Region besteht ein erhöhter Handlungsbedarf. Es soll im Tätigkeitsprogramm des Forums vermehrt zum Ausdruck kommen, dass „Bern als Region eine kulturelle, wirtschaftliche und ökologische Schicksalsgemeinschaft ist“. Dies wurde im Kulturförderungsprogramm für die Region Stadt Bern festgehalten. Wenn es dem Kulturforum gelingt, den Dialog und den kulturellen Austausch mit der Region vermehrt in ihr Programm aufzunehmen, entsteht ein grosser Mehrwert für die Stadt Bern. Die Anträge der SVP/JSVP-Fraktion und der FIKO lehnen wir ab.

Corinne Mathieu (SP) für die SP/JUSO-Fraktion: Das Kornhausforum bietet im 1. Stock des Kornhauses ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm für ein breites Publikum zu den Themen Medien und Gestaltung. Spartenübergreifende Projekte aus den Bereichen Architektur, Design, Grafik, Typografie, Fotografie, neue und traditionelle Medien, Video, angewandte Kunst, Literatur und Musik bereichern in Form von Ausstellungen, Podien, Symposien, Vorträgen, Videoprogrammen, Lesungen und Konzerten das kulturelle Leben in Bern. Ein Blick in das Programm der Monate April und Mai dieses Jahres (das Programm von Juni/Juli habe ich leider nicht erhalten) zeigt die Vielfalt der Veranstaltungen auf: Es wurden Ausstellungen, Filmpremieren, Konzerte (unterschiedlichster Musikrichtungen) sowie Diskussionen angeboten und zwar auf einem sehr hohen Niveau. Neben dem kulturellen Schwerpunkt im Stadtsaal können die Räumlichkeiten des Kornhausforums für private und öffentliche Anlässe von Veranstaltern, Wirtschaftsunternehmen und Privatpersonen gemietet werden. Das Kornhausforum hat sich in den 5 Jahren seines Bestehens etabliert und ist zu einem festen und wichtigen Bestandteil des kulturellen Angebots in der Stadt Bern geworden und dies soll auch so bleiben. Deshalb unterstützt unsere Fraktion die Ablösung des auslaufenden Versuchsbetriebes durch einen Leistungsvertrag für die Dauer von fünf Jahren mit Bereitstellung der finanziellen Mittel für das Kornhausforum, d.h. wir stimmen dem Kredit zu. Die Anträge der SVP/JSVP-Fraktion lehnen wir ab. Unklar ist in unserer Fraktion einzig, von wem die Betriebsleitung kontrolliert wird: Ist dies die Stadt oder der Vorstand des Vereins Kornhausforum?

Margrit Thomet (SVP) für die SVP/JSVP-Fraktion: Wir anerkennen das vielseitige Wirken des Kornhausforums, welches das städtische Kulturangebot bereichert und belebt. Mit dem neuen Leistungsvertrag verlangt nun aber der Gemeinderat eine Aufstockung des Betriebsbeitrags um eine effiziente Betriebsführung zu gewährleisten. In der FIKO haben wir diesem Geschäft zugestimmt. Weil in den nächsten Jahren aber grössere finanzielle Belastungen im kulturellen

Bereich (Kleezentrum) auf uns zukommen, verlangt unsere Fraktion, dass die jährlichen Mehrkosten von 160 000 Franken zur Aufstockung der Techniker- und Sekretariatsstelle innerhalb der Globalvorgabe der Direktion für Finanzen, Personal und Informatik kompensiert werden. Entsprechend kann die Globalvorgabe nicht erhöht werden. Der **SVP/JSVP-Antrag zum Beschlussesentwurf Ziffer 1** lautet: **Der jährliche Beitrag beträgt 820 000 Franken (Kürzung um 160 000 Franken) – total für die Jahre 2003–2007: 4,1 Mio Franken (Kürzung um 800 000 Franken)**. Wir beantragen keine Streichung, sondern eine Kompensation. Bei der finanziellen Lage der Stadt Bern sind Mehrausgaben nicht zu verantworten. Wir sind auch der Meinung, dass nach der Aufhebung der Billetsteuer diese freigewordenen Mittel für die Betriebskosten eingesetzt werden können. Darum beantragen wir, dass der Gemeinderat den **Antrag („Die bei der Aufhebung der Billetsteuer anfallenden Mehreinnahmen sind der Stadt Bern zurück zu erstatten, sofern die Anzahl der Eintritte nicht unter jene des Jahres 2002 fällt.“)** in den Beschlussentwurf als **Ziffer 2** aufnimmt. Der Förderverein des Kornhausforums soll sich vermehrt anstrengen, um die erhofften jährlichen Einnahmen von 100 000 Franken zu erreichen. Momentan sind es nur 30 000 Franken. Wenn der Betrag von 160 000 Franken aufgestockt und nicht kompensiert wird, kann unsere Fraktion diesem Leistungsvertrag nicht zustimmen.

Direktorin FPI *Therese Frösch*: Heute haben wir mit dem Kornhaus ein offenes Haus für alle. Das Kornhausforum wird mit Enthusiasmus geleitet. Dafür mussten viele Überstunden und Gratisstunden geleistet werden. Die 160 000 Franken finanzielle Aufstockung ist das Resultat intensiver und zäher Verhandlungen, auf die wir uns trotz Spardruck geeinigt haben. Diese werden v.a. für die Technik- und Sekretariatsaufgaben des Forums gebraucht. Sie sind in dieser Höhe ausgefallen, damit der Betrieb keine Bruchlandung erleidet. Der Eigenfinanzierungsgrad liegt bei 20% und ist der höchste, der heute geboten wird. Man kann nicht für das Kornhausforum sein und die erbrachten Leistungen begrüßen, ohne dass die finanziellen Mittel aufgestockt werden. Sonst muss das Kornhausforum geschlossen werden. Damit würden wir eine erfolgreiche Stätte und interessante Leute verlieren. Den Kürzungsantrag der SVP/JSVP-Fraktion lehnen wir ab. Das Controlling des Kornhausforums ist noch in keiner Controllinggruppe integriert. Mit dem Leistungsvertrag wird ein Controlling eingeführt. Bis jetzt konnte man sich aber anhand des Jahresberichts ins Klare setzen. Billetsteuern fallen in der Höhe von 10 000 Franken an. Das Architekturforum war aber beispielsweise gratis. Da die Aufstockung der Beiträge nur wegen der finanziellen Lage der Stadt so tief ausfallen mussten, bitte ich Sie, die anfallenden Mehreinnahmen beim Wegfall der Billetsteuer dem Kornhausforum zu überlassen und den Antrag der SVP/JSVP-Fraktion abzulehnen. Im Übrigen unterstützt der Gemeinderat die Anträge der FIKO, wobei ich Sie bitte, beim Art. 8 Anstellungsbedingungen gleich vorzugehen, wie beim Leistungsvertrag mit der KoB.

Einzelvotum

Margrit Thomet (SVP): Unser Antrag ist nicht total aus der Luft gegriffen. In den Unterlagen der FIKO heisst es auf Seite 3: „Die jährlichen Mehrkosten im Umfang von 160 000 Franken können von der FPI innerhalb von der Globalvorgabe für den Voranschlag 2003 nicht kompensiert werden (dies erstmals abgesehen vom Geschäft der gesamtstädtischen Personalzeitschrift)“. Daraus wird ersichtlich, dass dieser Punkt in der FIKO diskutiert wurde. Es ist klar, dass die FPI gesagt hat, dass dies nicht kompensiert werden kann. In Hinblick auf das 10. Haushaltsverbesserungspaket sind wir aber der Ansicht, dass hier ein Beitrag geleistet werden kann und diese 160 000 Franken kompensiert werden sollen.

Direktorin FPI *Therese Frösch*: Es ist immer einfach zu sagen, hier wollen wir nicht sparen, aber jemand anderes soll. Die Finanzdirektion hat in den letzten Jahren immer vorbildlich mitgeholfen und wir haben bereits einige Aufträge und Posten für das 10. Haushaltssanierungspaket gefasst. Ich kann diese hier nicht bekannt geben, aber die Gemeinderatsmitglieder wissen, wovon ich spreche. Wir haben die Sparbeiträge geprüft und so gesetzt, wie es mit den Leistungsaufträgen, aber auch mit unseren Verwaltungen vereinbart war. Es wäre völlige Willkür, wenn man uns sagt, dass die FPI hier 160 000 Franken subventionieren muss und etwas anderes, das schon für das 10. Paket vorbereitet ist zurückgezogen werden muss. Es ist nicht möglich mit Verschieben zu sparen.

Beschlüsse

1. Der Antrag der SVP/JSVP-Fraktion zu Ziffer 1 wird mit 54 : 14 Stimmen abgelehnt.
2. Der Antrag der SVP/JSVP-Fraktion zu Ziffer 2 wird mit 43 : 26 Stimmen abgelehnt.

Michael Jordi (GB) zum Antrag FIKO Art. 8 Anstellungsbedingungen: Wir konnten den Vorschlag des Gemeinderats zwar in der FIKO nicht diskutieren, aber es entspricht der Logik des vorderen Geschäfts, dass die Regelung zu den Anstellungsbedingungen entsprechend angepasst wird. Wir ersetzen den Satzteil „... stützt sich auf die Anstellungsbedingungen der Stadt Bern...“ in unserem Antrag mit dem Satz: **„...richtet sich nach den „Allgemeinen Vertragsbedingungen für Arbeitsverträge mit Vertragsangestellten“ (AVB) der Stadt Bern.“**

Beschluss

1. Der FIKO-Antrag wird mit 62 : 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.
2. Der Antrag der FIKO zu Art. 22 Kündigung während der Laufzeit (Streichung des letzten Satzes) wird mit 47 : 17 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Schlussabstimmung

Der Kredit für das Kornhausforum wird mit 60 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen.

Die Sitzung wird um 19.10 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Die Stadtratspräsidentin: *Annemarie Sancar-Flückiger*

Der Protokollführer: *Ruben Ammann*